



Auftrittsbedingungen zum Künstlervertrag

Stand: Mai 2010

1. Zwischen der BUGA und dem Künstler /Ensemble besteht Übereinkunft darüber, dass dies kein Arbeitsvertrag im Sinne arbeitsrechtlicher, sozialversicherungsrechtlicher und lohnsteuerrechtlicher Vorschriften ist. Aus diesem Vertrag kann kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Angestelltenversicherungsgesetzes abgeleitet werden.
2. Der Künstler /Das Ensemble verpflichtet sich deshalb, seine Honorare und evtl. sonstigen mit der Produktion bzw. dem/den Konzerten in Zusammenhang stehenden Vergütungen selbst umsatzsteuerlich und ertragsteuerlich zu erfassen und die darauf anfallenden Steuern an sein zuständiges Finanzamt abzuführen. Der Künstler /Das Ensemble versichert ausdrücklich, dass er /es die BUGA von etwaigen Ansprüchen dieser Art durch den Fiskus freihalten wird.
3. Der Künstler /Das Ensemble übernimmt die Versicherung der mitgebrachten Gegenstände, insbesondere der Instrumente, Requisiten, Kostüme, sowie Ton-, Licht- und Technikanlagen. Die BUGA übernimmt keine Haftung.
4. Die BUGA trägt die Beiträge zur Künstlersozialabgabe, soweit sie hierzu gesetzlich verpflichtet ist.
5. Sollte die Veranstaltung von der BUGA aus wetterbedingten Gründen vor dem Auftrittstermin abgesagt werden, wird eine Ausweichspielstätte ausgewählt, sollte keine in Betracht kommen, soll gemeinsam ein Ausweichtermin vereinbart werden. Kommt auch dieser nicht zustande, so entfallen die Verpflichtungen beider Parteien aus diesem Vertrag. Unberührt hiervon bleibt das Recht des Künstlers / des Ensembles auf Ersatz der tatsächlich entstandenen Aufwendungen, jedoch beschränkt auf einen Betrag von höchstens 50 % des Honorars des jeweiligen Auftrittstermins.
6. Es gilt als vereinbart, dass bei ungünstigen Witterungsverhältnissen der Auftrittstermin am Veranstaltungstag um bis zu 2 Stunden verschoben werden kann, ohne dass der Anspruch auf ein zusätzliches Honorar entsteht.
7. Im Falle der Erkrankung des Künstlers und seine darauf zurückzuführende Verhinderung an der Mitwirkung der vorgesehenen Veranstaltung besteht kein Anspruch auf Honorierung.
8. Um ein rechtzeitiges Erscheinen zu Proben und Aufführungen zu gewährleisten, muss sich der Künstler /das Ensemble während der Vertragszeit an die entsprechenden Anordnungen des Veranstalters halten.
9. Kommt der Künstler schuldhaft seinen Verpflichtungen nicht nach, so zahlt er pauschal als Schadensersatz 70% des vereinbarten Honorars.
10. Die Haftung der BUGA für den Verlust oder die Beschädigung von in Garderoberäumen eingebrachten Sachen beschränkt sich auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.
11. Die BUGA übernimmt die GEMA-Gebühren entsprechend ihren gesetzlichen Verpflichtungen. Der Künstler / das Ensemble verpflichtet sich, am Veranstaltungstag der BUGA das ausgefüllte Formular der GEMA „Musikfolge für eine Einzelveranstaltung“ auszuhändigen. Bis zur Aushändigung dieses Dokumentes können nur 50 % des Honorars ausgezahlt werden.
12. Die BUGA ist berechtigt, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde, die Darbietung mechanisch oder digital aufzunehmen oder vom Rundfunk, Fernsehen oder anderen Institutionen aufnehmen und übertragen zu lassen. Hierfür fallen keine weiteren Kosten an.
13. Kommt es in künstlerischen Fragen zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Künstler /Ensemble und der BUGA, so gebührt der BUGA aus Gründen der künstlerischen Gesamtverantwortung für die Bundesgartenschau der Vorrang.
14. Für alle nicht in diesem Vertrag erfassten Punkte gelten im Zweifel die mündlichen Vereinbarungen. Sind keine mündlichen Vereinbarungen getroffen, so gelten die branchenüblichen Gepflogenheiten.
15. Erfüllungsort und Gerichtsstand für beide Teile ist Koblenz.
16. Zur Auslegung dieses Vertrages ist nur deutsches Recht maßgebend.
17. Sollten eine oder mehrere Bestimmungen des Vertrages rechtsunwirksam sein oder werden, oder sollten sich in dem Vertrag Lücken herausstellen, so berührt das die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht. Die Vertragsparteien haben sich so zu verhalten, dass der angestrebte Zweck erreicht wird und alles zu unternehmen, was zur unverzüglichen Behebung der Teilnichtigkeit bzw. zur Ausfüllung der Lücken erforderlich ist. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücken soll eine angemessene, rechtlich zulässige Regelung gelten, die dem am nächsten kommt, was die Vertragsparteien gewollt haben würden, wenn sie die Teilnichtigkeit oder Lücken bedacht hätten. Die Beteiligten verpflichten sich, in einem derartigen Fall eine neue Regelung zu vereinbaren, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung(en) möglichst nahe kommt.